



Bern, Bolzano/Bozen, Göttingen, Sarajevo, 1. Dezember 2021

Der eingefrorene Krieg in Bosnien und Herzegowina heizt sich auf – Die EU und die internationale Gemeinschaft müssen handeln!

Appell der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) an die Mitgliedstaaten der EU, die USA und die internationale Gemeinschaft endlich zu handeln

- *Zum Jahrestag der Unterzeichnung des Dayton-Friedensabkommens (21.11.1995 in Dayton /14.12.1995 in Paris) -*

Vor 26 Jahren beendete die Unterzeichnung des Dayton-Friedensabkommens den beinahe vierjährigen Krieg in Bosnien und Herzegowina (1992-1995). Der Kompromissfrieden wurde mit der de-facto Teilung des Landes erkaufte. Die zugrundeliegenden Konflikte in Bosnien und Herzegowina wurden nicht gelöst: sie wurden eingefroren. Die multiethnische Bevölkerung dieses Landes ist denjenigen Politikern schutzlos ausgeliefert, die für die ethnischen Säuberungen und den Genozid in Srebrenica und anderen Gebieten Bosniens verantwortlich waren. Wenn die EU nicht sofort handelt, wird dieser Krieg mitten in Europa erneut ausbrechen.

Die jahrelangen Warnungen der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) und anderer Menschenrechtsorganisationen weltweit über die Zuspitzung der Situation fanden bisher kein Gehör. Doch die wachsende Radikalisierung in der serbischen Teilrepublik Republika Srpska und auch in Serbien ist nicht mehr zu übersehen. Seit dem Jahre 2011 droht der aktuelle serbische Vertreter im bosnischen Staatspräsidium ganz offen mit einer Abspaltung der Republika Srpska von Bosnien und einer Vereinigung mit Serbien. Die Staaten der EU sowie die USA haben diese Drohungen zehn Jahre lang ignoriert.

Vollkommen eskaliert ist die Situation nach der Durchsetzung des Gesetzes gegen die Leugnung von Kriegsverbrechen und dem Genozid in Srebrenica durch den ehemaligen Hohen Repräsentanten Valentin Inzko in den letzten Tagen seines Mandats im Juli 2021. Politiker aus der Republika Srpska haben dieses Gesetz zum Anlass genommen, den gesamten Staat zu blockieren und die Weiterarbeit der staatlichen Institutionen zu boykottieren. Bestandteil dieses größeren Blockade-Plans war dann auch, dem neuen Hohen Repräsentanten Christian Schmidt zu untersagen, dem UN-Sicherheitsrat über die Lage in Bosnien und Herzegowina zu berichten. Seinen für Anfang November 2021 geplanten Auftritt vor dem Gremium haben Russland und China verhindert.

Den USA und der EU wird inzwischen bewusst, dass sich die Krise in Bosnien und Herzegowina nicht von alleine lösen wird. Innerhalb der EU besteht

Spendenkonto

Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE07 2512 0510 0000 5060 70
BIC: BFSWDE33HAN

Geschäftskonto

Sparkasse Göttingen
IBAN: DE65 2605 0001 0000 0019 17
BIC: NOLADE21GOE

Eingetragener Verein

Eingetragen im Vereinsregister
des Amtsgerichts Göttingen
Vereinsregister Nr. 1804





allerdings Uneinigkeit über das weitere Vorgehen. Zahlreiche EU-Abgeordnete fordern zusammen mit Politikern aus den USA, Großbritannien und Deutschland Sanktionen gegen Milorad Dodik und seine Unterstützer. Auch der noch amtierende Bundesaußenminister Heiko Maas befürwortet einen solchen Schritt. Insbesondere autokratisch regierte EU-Staaten wie Ungarn, Polen oder Slowenien lehnen Sanktionen jedoch ab.

Einige EU-Staaten sehen die Krise in Bosnien und Herzegowina als weiteren Hebel für die Durchsetzung eigener Interessen. Dieses zynische Taktieren kann für das Land Bosnien und Herzegowina und seine Bürgerinnen und Bürger tragisch enden. Es wäre nicht das erste Mal in der Geschichte dieser Region.

Trotz der internen Differenzen wird es höchste Zeit, dass sich die EU gemeinsam mit den USA eindeutig zur seit Jahren schwelenden Krise in Bosnien und Herzegowina positioniert. Andernfalls werden Milorad Dodik und seine Unterstützer, unter anderem Serbiens Präsident Aleksandar Vučić, einen neuen Krieg in Europa auslösen. Sie werden versuchen, die verbrecherische Politik von Radovan Karadžić, Ratko Mladić und Slobodan Milošević fortzusetzen. Sie wollen den Feldzug gegen alles Nicht-Serbische vollenden, den das Friedensabkommen von Dayton vor 26 Jahren unterbrochen hat.

Diesen Radikalisierungen müssen sich Staaten wie die USA, Großbritannien und führende EU-Mitglieder, allen voran Deutschland, unmissverständlich entgegenstellen.

In diesem Zusammenhang ist auch eine kompromisslose Haltung gegenüber Kroatien und den kroatischen Vertretern extremistischer Politiken in Bosnien – allen voran Dragan Čović – erforderlich. Diese Akteure machen mit Milorad Dodik gemeinsame Sache und verfolgen das Ziel, den bosnischen Staat zu zerstören. Dragan Čović glorifiziert den kriminellen Parastaat Herzeg-Bosna, in dessen Namen im Bosnienkrieg unzählige Verbrechen gegen die Menschlichkeit an der nicht-kroatischen Bevölkerung verübt wurden. Vor dem Kriegsverbrechertribunal für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) wurden diese Verbrechen mit insgesamt 111 Jahren Haft abgeurteilt.

Angesichts der jüngsten Radikalisierungen ist es allerhöchste Zeit, die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Bosniens und Herzegowinas seitens Kroatiens und Serbiens endgültig zu beenden. Nur dann kann das Land eine friedliche und demokratische Weiterentwicklung erleben.

Die EU sollte daher unmissverständlich von der kroatischen Führung in Zagreb ein Ende der nationalistischen Instrumentalisierung der kroatischen Bevölkerungsgruppe in Bosnien und Herzegowina einfordern. Es darf nicht sein, dass das EU-Mitgliedsland mit fragwürdigen Praktiken des Ethno-

Postfach 2024

D-37010 Göttingen

Tel.: +49 551 499 06-0

Fax: +49 551 580 28

E-Mail: info@gfbv.de

www.gfbv.de

Menschenrechtsorganisation
mit beratendem Status bei den
UN und mitwirkendem Status
beim Europarat

Spendenkonto

Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE07 2512 0510 0000 5060 70
BIC: BFSWDE33HAN

Geschäftskonto

Sparkasse Göttingen
IBAN: DE65 2605 0001 0000 0019 17
BIC: NOLADE21GOE

Eingetragener Verein

Eingetragen im Vereinsregister
des Amtsgerichts Göttingen
Vereinsregister Nr. 1804





Nationalismus den Frieden im Nachbarland und damit in der gesamten Region unterminiert. Auch gegenüber Serbiens Machthaber Vučić muss mit null Toleranz vorgegangen werden: Die Belgrader Führung zündelt nicht nur in Bosnien und Herzegowina, sondern auch in Montenegro und dem Kosovo und macht damit deutlich, dass sie nicht bereit ist, die Lehren aus den schrecklichen Balkankriegen zu ziehen.

So unvollkommen der Friedensvertrag von Dayton auch ist: Er muss gegen die groß-serbischen und groß-kroatischen Bestrebungen verteidigt werden, die Russland und China aus eigenen geostrategischen Interessen unterstützen.

Politiker, die den Staat blockieren und den Frieden aufs Spiel setzen, müssen kraftvolle Sanktionen zu spüren bekommen. Ohne konsequentes Handeln wird ihre secessionistische Politik, die ethno-nationalistische Hassrhetorik, die Verhöhnung der Opfer und das Leugnen der begangenen Verbrechen einen neuen Krieg mit zahlreichen Opfern heraufbeschwören.

Die europäische Staatengemeinschaft ist nicht mehr die gleiche wie 1992. Wenn sie außen- und sicherheitspolitisch ernstgenommen werden will, darf sie die Fehler aus dieser Zeit nicht wiederholen. Sie darf Genozid und Kriegsverbrechen nicht zulassen – oder durch Wegsehen dulden. Von der EU fordert die GfbV daher, dass sie Maßnahmen gegen die serbischen und kroatischen Nationalisten in Bosnien und Herzegowina sowie Serbien ergreift. Dazu zählen die Streichung von Finanzhilfen der EU, ein Einreiseverbot in Länder der EU sowie das Einfrieren von Geldern im Ausland. Außerdem fordern wir eine detaillierte Überprüfung der Finanzgeschäfte von Milorad Dodik und seinen Unterstützern. Die Bevölkerung der Republika Srpska und Serbiens muss erfahren, wie sich ihre Führung mit kriminellen Geschäften bereichert hat. Sie selbst leben oft in Armut und müssen ihre Heimat auf der Suche nach Arbeitsmöglichkeiten und einem anständigen Leben verlassen und in die EU auswandern. Das Land Bosnien und Herzegowina muss indes funktionsfähig werden. Die Führungsspitze der Republika Srpska und die HDZ BiH blockieren seit Jahren jeden Fortschritt des Landes. Sie verhindern die für einen EU-Beitritt notwendigen Reformen und die Bestrafung von Kriegsverbrechern.

Es ist höchste Zeit zu handeln, um einen neuen blutigen Krieg zu verhindern. Ohne eindeutige Positionierung und beherrzte Sanktionen drohen erneut tausende Tote, Zerstörung und Leid. Ein neuer Krieg hätte eine weitere Massenflucht nach Europa zur Folge – und das eindeutige Ende der europäischen Idee.

Mit herzlichen Grüßen

Postfach 2024

D-37010 Göttingen

Tel.: +49 551 499 06-0

Fax: +49 551 580 28

E-Mail: info@gfbv.de

www.gfbv.de

Menschenrechtsorganisation
mit beratendem Status bei den
UN und mitwirkendem Status
beim Europarat

Spendenkonto

Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE07 2512 0510 0000 5060 70
BIC: BFSWDE33HAN

Geschäftskonto

Sparkasse Göttingen
IBAN: DE65 2605 0001 0000 0019 17
BIC: NOLADE21GOE

Eingetragener Verein

Eingetragen im Vereinsregister
des Amtsgerichts Göttingen
Vereinsregister Nr. 1804





Jasna Causevic

Jasna Causevic

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) – Göttingen, Deutschland

Tel.: + 49(0)551 490616

Email: j.causevic@gfbv.de

www.gfbv.de

Postfach 2024

D-37010 Göttingen

Tel.: +49 551 499 06-0

Fax: +49 551 580 28

E-Mail: info@gfbv.de

www.gfbv.de

Menschenrechtsorganisation
mit beratendem Status bei den
UN und mitwirkendem Status
beim Europarat

Belma Zulčić

Gesellschaft für bedrohte Völker/Društvo za ugrožene narode - Sekcija u
Bosni i Hercegovini, Sarajevo

Tel.: +387 61 220 883

Email: gfbv_sa@bih.net.ba

Christoph Wiedmer

Gesellschaft für bedrohte Völker – Bern, Schweiz

Email: Christoph.Wiedmer@gfbv.ch

Tel.: +41 31 939 0000

<https://www.gfbv.ch>

Mauro di Vieste

Associazione per i popoli minacciati / Gesellschaft für bedrohte Völker –
Italien, Bolzano/Bozen

Email: info@gfbv.it

Tel/Fax: +39 0471.972240

www.gfbv.it

Spendenkonto

Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE07 2512 0510 0000 5060 70
BIC: BFSWDE33HAN

Geschäftskonto

Sparkasse Göttingen
IBAN: DE65 2605 0001 0000 0019 17
BIC: NOLADE21GOE

Eingetragener Verein

Eingetragen im Vereinsregister
des Amtsgerichts Göttingen
Vereinsregister Nr. 1804

